

### **Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

#### **Hochschulfinanzierung von Bund und Ländern**

Anfrage der Abgeordneten Almuth von Below-Neufeldt, Björn Försterling, Sylvia Bruns und Christian Dürr (FDP) an die Landesregierung, eingegangen am 30.05.2017

Nach Informationen der *FAZ* hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern ein Papier der Staatssekretäre beschlossen, das Möglichkeiten zur Anwendung von Artikel 91 b des Grundgesetzes auflistet. Das Papier zeige sowohl strittige als auch einvernehmliche Punkte auf.

1. Wie lautet das Papier der Staatssekretäre im Wortlaut?
2. Welche Positionen hat die Landesregierung in den Verhandlungen eingenommen?
3. Inwiefern setzt sich die Landesregierung für eine Umsetzung der einvernehmlichen Punkte ein?
4. Inwiefern setzt sich die Landesregierung dafür ein, dass niedersächsische Vorschläge, die bislang umstritten sind, dennoch umgesetzt werden?